

Aus Bund und Ländern

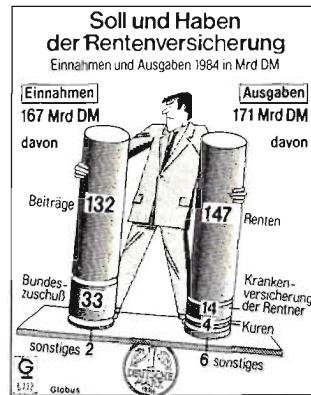
## Kassen für Pflichtweiterbildung

BONN. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung haben an den Gesetzgeber appelliert, im Zuge der Strukturreform der Krankenversicherung Vorkehrungen im Hinblick auf die wachsende Zahl von Ärzten zu treffen. Als notwendige Rahmenbedingungen schlagen die Kassen vor: Überprüfung der Zahl der Studienplätze (eine Limitierung auf maximal 10 000 Humanmedizinstudentenplätze wird auch im Bundesarbeitsministerium ventiliert); Einführung einer Pflichtweiterbildung für angehende Allgemeinärzte; gesetzliche Regelungen zur Vermeidung von negativen Folgen eines Überangebots von Kassenärzten, gekoppelt mit einer Förderung der hausärztlichen Versorgung. Ferner schlagen die Kassen vor, die Altersauscheidengrenze für Kassenärzte zu definieren. EB

## Zahnärzte: Bewertungen abgesenkt

KÖLN. Gegen die Stimmen der Kassenzahnärzte hat der erweiterte Bewertungsausschuß beschlossen, die Bewertungen der zahnärztlichen Leistungen im Endeffekt um 4,25 Prozent abzusenken. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) in Köln hatte demgegenüber eine kostenneutrale Änderung der Gebührenordnung gefordert.

▷ Der Schiedsspruch sei, so die KZBV, „schädlich für die zahnärztliche Versorgung der Patienten und ungeeignet als Maßnahme zur Kostendämpfung“. Die Kassenzahnärzteschaft be-



Auch 1984 reichten die Einnahmen der Rentenversicherung zur Deckung der notwendigen Ausgaben nicht aus. An Beiträgen der Versicherten flossen 132 Milliarden DM in die Kasse; hinzu kamen 33 Milliarden DM Bundeszuschuß und zwei Milliarden DM aus verschiedenen anderen Quellen. Dem standen Rentenzahlungen in Höhe von 147 Milliarden DM gegenüber. Weitere 24 Milliarden DM waren erforderlich für die Krankenversicherung der Rentner, für Kuren und für Verwaltung. Unter dem Strich ergab sich im letzten Jahr ein Minus von vier Milliarden DM. Globus

fürchtet einen weiteren Verfall der Qualität der zahnärztlichen Versorgung. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung befürwortet dessen ungeachtet weitere finanzielle Anreize für zahnerhaltende Maßnahmen. Auch bei prophylaktischen Maßnahmen solle künftig eine Direktbeteiligung eingebaut werden. EB

Aus aller Welt

## Reagan entließ Ministerin Heckler

WASHINGTON. Plötzlich, aber nicht unerwartet, hat Präsident Reagan die 54jährige Leiterin des Amtes für „Health and Human Services“, praktisch also die Gesundheitsministerin, Margaret M. Heckler entlassen. Ein Nachfolger ist noch nicht bekannt. Lange schon gingen Gerüchte,

daß Frau Heckler mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Regan, nicht zu recht kam. Der warf ihr vor, sie sei ein „lousy administrator“, was bei 145 000 Mitarbeitern der Behörde natürlich schwerwiegend ist. Außerdem erschien sie Regan, so hieß es auf Cocktailparties, zu „liberal“, also zu weit links. Öffentlich wies Präsident Reagan das alles zurück: „She has done a marvelous job.“ Frau Heckler selbst sagte, sie nehme das Angebot, Botschafterin in Dublin zu werden, mit Begeisterung an. bt

## Weniger Medizinstudenten

CHICAGO. Im dritten aufeinanderfolgenden Jahr ist die Zahl der Studienanfänger an den Medizinhochschulen der USA zurückgegangen. Im vergangenen Herbst begannen 17 194 Studenten ihre Ausbildung. Beworben hatten sich 35 944 College-Abgänger, dies waren 700 mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen nimmt stetig zu und liegt jetzt bei knapp unter einem Drittel.

Insgesamt gab es im Jahr 1984 etwas über 67 000 Medizinstudenten, die von 58 800 Vollzeit-Lehrkräften unterrichtet wurden – diese Lehrkräfte sind natürlich außerdem noch in der Forschung und der Krankenbehandlung tätig. Dazu kommen noch 10 100 Teilzeitlehrkräfte und 112 860 unbezahlte, freiwillige Lehrtätige. Der durchschnittliche amerikanische Medizinstudent beendet sein Studium mit Schulden von 26 883 Dollar – eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 12 Prozent. Der Anteil des Staates an der Finanzierung der medizinischen Hochschulen ist in zehn Jahren von 44 auf jetzt 25 Prozent zurückgegangen. bt

## Der „Wohnsitzarzt“

WIEN. In einer Novelle zum österreichischen Ärztegesetz soll der Begriff des „Wohnsitzarztes“ eingeführt werden. Dies sind Ärzte, die weder in einem Angestelltenverhältnis noch in eigener Praxis tätig sind, sondern eine ärztliche Tätigkeit von ihrem Wohnsitz aus betreiben. Darunter fallen Ärzte, die Vertretungen machen, die Gutachten anfertigen, und Ärzte, die gelegentlich Notdienst machen, und andere.

Die Einführung dieses Begriffs hätte zwei Folgen: Wer in Österreich als Arzt pensioniert ist, darf eigentlich überhaupt keine ärztliche Tätigkeit mehr ausüben, er darf nicht einmal sich selbst oder Familienangehörige behandeln. Auch diese pensionierten Ärzte könnten Wohnsitzärzte werden und damit wenigstens diese Rechte wieder erwerben. Außerdem könnten sie wie auch die anderen Ärzte dieser Kategorie ordentliche Mitglieder der zuständigen Ärztekammer bleiben. bt

## Keine AIDS-Fälle in der UdSSR?

MOSKAU. Die Gewerkschaftszeitung „Trud“ berichtet, in der UdSSR gebe es keine AIDS-Fälle. Sie zielt den stellvertretenden Gesundheitsminister Burgasow: AIDS sei eine Folge sexueller Freizügigkeit, die in der Sowjetunion „unnatürlich“ sei. Trotzdem werde die Sowjetunion in der AIDS-Bekämpfung mit anderen Staaten zusammenarbeiten, da sie ja nicht isoliert sei und die Krankheit eingeschleppt werden könnte. Amerikanische Journalisten haben jedoch im Sommer von einem Kurarzt in Sotschi gehört, AIDS sei in der UdSSR aufgetreten. bt